

Dr. Mathias Jenniges und die Parlamentswahlen von 1925 (3. Teil)

Hubert Jenniges †

5. Scheitern des belgischen Systems

Die Tage und Wochen nach den Parlamentswahlen vom 5. April 1925 konnten an politischer Spannung kaum überboten werden: Es war ein Wechselbad von Wahlfreude, Wahlenttäuschung und tiefer Verbitterung. Von den 8.767 Stimmen der Katholischen Partei in Eupen-Malmedy-St.Vith konnte Jenniges über 8.000 auf seinen Namen verbuchen. Im gesamten Wahlbezirk Verviers errangen dadurch die Katholiken eine leichte Mehrheit (24.000 katholische gegenüber 22.000 sozialistischen Stimmen).

Die beiden deutschsprachigen Kandidaten der Kammerliste, Jenniges und Somerhausen, galten zunächst als gewählt. Wegen der hohen Zahl an Vorzugsstimmen hieß es in ersten Meldungen sogar, Jenniges habe den zweiten Listenkandidaten der Katholischen Partei, den aus Stavelot stammenden Rechtsanwaltskollegen Pierre David, überflügelt und vom zweiten Platz verdrängen können.³⁷ Einige Tage nach dem Urnengang



Aus „Der Landbote“ vom 8. April 1925.

(ZVS-Archiv)

Kanton	Gültige Stimmen	Kathol. Partei	Sozialisten	Liberalen
Eupen	5.079	2.933 (57,7 %)	1.720 (33,9 %)	285 (5,6 %)
Malmedy	4.356	2.733 (62,7 %)	1.109 (25,5 %)	100 (2,3 %)
St.Vith	3.755	3.101 (82,6 %)	507 (13,5 %)	38 (1,0 %)
Gesamt	13.190	8.767 (66,4 %)	3.336 (25,2 %)	423 (3,2 %)

wurde Jenniges in der Kammer in Brüssel vorstellig, um seine Beglaubigungsnachweise einzureichen, worauf er auch bereits seine Sitzanweisung im Parlament erhielt. Doch dann wurde von Lüttich aus der Verdacht

³⁷ CHRISTMANN, op.cit., S. 243; DEHOTTAY, op.cit., S. 47.

LB, 20.05.1925
Letzte Nachrichten.
Rechtsanwalt Jenniges nicht gewählt?
Wie wir berichteten, mußten einige Wahlergebnisse der Wahl vom 5. April wegen vorgekommener Irrtümer nachgeprüft werden. Auch die Wahlergebnisse der Provinz Lüttich gehören dazu. Die Prüfungskommission hat ihre Arbeiten fast beendigt und wird heute, Dienstag, ihren endgültigen Spruch tun. Wie die „Libre Belgique“ nun mitteilt, ist es dem bisherigen Ergebnis der Nachprüfung nicht ausgeschlossen, daß der katholische Kandidat für Eupen-Malmedy Herr Dr. Jenniges, nicht gewählt wird. Dieses Ereignis wäre eine Folge der Wahlmethode bei der Listenverbindung.
Sollte sich, was wir nicht hoffen wollen, die obige Mitteilung bewahrheiten, so wäre dies nicht nur ein schwerer Schlag für Eupen-Malmedy, sondern, ein klarer Beweis, daß die geltende Wahlmethode nicht in der Lage ist, die tatsächliche Volksmeinung wiederzugeben. Denn es mutet geradezu paradox an, daß im Arrondissement Verviers die Katholiken 2 und die Sozialisten 4 Sitze haben sollen, nachdem die Ersteren die größte Gesamtstimmenzahl erreicht hatten. Und was besagen dann noch die für Herrn Jenniges abgegebenen Vorzugsstimmen, auf Grund deren sofort nach der Wahl schon amtliche Blätter meldeten, daß Herr Jenniges in Verviers den zweiten Platz erhalte?

LB, 23.05.1925
Letzte Nachrichten.
Herr Jenniges ist nicht gewählt!
Wie uns am Mittwoch nachmittag telegraphisch aus Brüssel gemeldet wurde, hat die endgültige Zusammenstellung der nachgeprüften Wahlergebnisse der Provinz ergeben, daß im Arrondissement Verviers durch die Auswirkung der Listenverbindung der Sitz des Herrn Jenniges an die Sozialisten fällt. Herr Jenniges ist somit nicht gewählt.
Eine große Hoffnung der Eupen-Malmedyer wird damit zu Grabe getragen. Sie müssen darauf verzichten, daß der Mann dem sie in so überwältigender Weise ihr Vertrauen geschenkt haben, in der Kammer ihre Lage, ihre Ansprüche und Wünsche zur Sprache bringt. Zwar wird die Katholische Partei in Verviers versuchen, irgendwie für dieses Mißgeschick zu entschädigen, doch wird uns keinerlei voller Ersatz für das Verlorene geboten werden können. LB, 23.05.1925
Warum ist Herr Jenniges nicht gewählt?
Zu dieser Frage schreibt Herr Abg. David: Jedermann weiß, daß die Verschobenheiten des in Straß bezündlichen Wahlsystems daran schuld sind. Mit mehr als 24.000 Stimmen haben die Katholiken zwei Vertreter, und die Sozialdemokraten mit 22.000 Stimmen deren vier. LB, 30.05.1925

LB, 26.05.1925
Noch noch ein Weg?
Der Hauptvorstand der kath. Partei zu Verviers be sprach in seiner Sitzung vom 24. d. Mts. zu der auch Vertreter von Eupen und Malmedy erschienen waren, u. a. die Schritte, die durch die Nichtbeteiligung der Wahl des Herrn Jenniges zu unternehmen wären, um den beiden Kreisen einen genügenden Ersatz zu bieten.
Die beiden anwesenden Herren Deputierten David und Minand erklärten in dieser Versammlung, sie seien bereit, an Punkten des Herrn Jenniges und der Deputierten Eupen-Malmedy zurückzutreten und Herrn Jenniges ihren Sitz in der Kammer zu überlassen.
Trotzdem dieser Lösung namentlich durch die gesetzlichen Bestimmungen nicht geringe Schwierigkeiten entgegenstehen, wurde der Hauptvorstand der Partei mit der Anwesenheit betraut und die Versammlung sprach den beiden obengenannten Herrn Deputierten.

Ausschnitte aus „Der Landbote“.

(ZVS-Archiv)

Paul Tofahrn (1901-1979)³⁸

Der junge Mann, der 1925 den Wahlkampfversammlungen von Dr. Jenniges durch seine Redegewandtheit und scharfen Repliken besondere Würze verlieh, war Paul Tofahrn, der später eine der führenden Persönlichkeiten der internationalen Gewerkschaftsbewegung wurde. Paul Tofahrn wurde am 6. Januar 1901 in Hasenvenn (bei Manderfeld) geboren, wo er aufwuchs und die Volksschule besuchte. Sein Vater Johann Tofahrn stammte vom Niederrhein; seine Mutter, Maria-Katherina Kau oder Kauw (*genannt Kau Mrei-Kätt*), kam aus Hasenvenn. Sehr früh kam er in Berührung mit der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie. Nach der Angliederung Eupen-Malmedys (1920) rückte Tofahrn in den engen Kreis der Belgischen Arbeiterpartei auf regionaler Ebene um Marc Somerhausen und auf nationaler Ebene um den bekannten belgischen Sozialistenführer Emile Vandervelde (1866-1938) auf.

Sprungbrett seiner Blitzkarriere als Syndikalist war die Eisenbahnergewerkschaft, wo er schnell führende Positionen bekleidete und den Weg zu den internationalen Gremien der Arbeiterbewegung fand. So war Paul Tofahrn von 1928 bis 1931 stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes („*International Transport Worker's Federation*“, ITF), später auch Sekretär der internationalen Gewerkschaftszentrale für die Lebensmittelindustrie („*Food Workers' International*“) in Paris. Bei Ausbruch des Weltkrieges entschied er sich zunächst, in Paris zu bleiben, um das Kontaktnetz mit den angegliederten Verbänden aufrecht zu erhalten. Dennoch musste er 1940 nach London ausweichen, wo er bis zu seinem Lebensende verblieb und in der mächtigen Trade Union eine Schlüsselrolle spielte. Über den britischen Rundfunk BBC organisierte er die Kontakte zu den Verbänden im besetzten Europa und legte in mehreren Denkschriften ein Grundkonzept für die Nachkriegszeit zum Wiederaufbau einer gesamteuropäischen Transportpolitik fest. In einem Nachruf des ITF heißt es: „*In the post-war years, he threw himself with equal vigor into the task of helping to reconstruct the European transport trade union movement and to bring about a more orderly approach to transport policy questions*“.³⁹

Von 1956 bis 1967 war Paul Tofahrn Internationaler Generalsekretär der Gewerkschaften für Öffentliche Dienste. Ihm wurden außergewöhnliche Fähigkeiten bezeugt: „*... as thinker, man of action, and pungent and vivid speaker, and writer in several languages; as well as a very real personel charisma*“, d.h. er war ein Vordenker, ein Mann der Tat, ein fesselnder Redner; er schrieb in mehreren Sprachen und strahlte ein wahres Charisma aus. 1968 trat Paul Tofahrn in den Ruhestand.

Er hatte nie die Kontakte zur alten Heimat abgebrochen und blieb in Verbindung mit einigen Jugendfreunden, die er möglichst oft besuchte. Kurz nach seiner Pensionierung weilte er in seinem Heimatdorf Hasenvenn und animierte sogar für die Sozialisten den Wahlkampf, indem er mit einem Lautsprecherwagen die Eifeldörfer durchfuhr und den Menschen ein Votum für die SP empfahl.

Er starb am 7. Februar 1979 in London. Seine Witwe und seine Tochter hinterließen 1982 den umfangreichen schriftlichen Nachlass dem „*Modern Records Centre*“ an der Universität von Warwick.⁴⁰



Paul Tofahrn (2. von links) mit Vorstandsmitgliedern des „*Public Services International*“ 1963 in Washington D.C. (Foto: www.reuther.wayne.edu/node/7119; 6.9.2012)

38 Pfarrarchiv Manderfeld, Taufregister für das Jahr 1901; ITF-Newsletter, Febr. 1979, Nr. 2; COOK, Chris, LEONARD, Jane und LEESE, Peter: *Sources in Contemporary British History*, 2. Individuals, London 1994.

39 Übers.d.R.: „In den Nachkriegsjahren half er mit gleichem Elan beim Aufbau der europäischen Transportgewerkschaft und trug er zu einem geordneteren Vorgehen in verkehrspolitischen Fragen bei.“

40 Referenz des Nachlasses von Paul Tofahrn: „*Modern Records Centre*“, University of Warwick, GB 0152 MSS. 238.

Au die kath. Wähler von Malmedy und St. Vith

Die Leitung der Katholischen Partei des Bezirks Verviers bringt den nachstehenden Bericht über die Unterbrechung einer Verhandlung aus den Kantonen Malmedy, St. Vith und Eupen mit Herrn Minister Van de Vyvere zur Kenntnis der Wähler in Malmedy und St. Vith.

Erklärung.

Die unterzeichneten Delegierten der Kantone Malmedy, St. Vith und Eupen wurden am 9. Oktober 1925 von Herrn Minister Van de Vyvere empfangen, um mit ihm folgende Möglichkeiten zu erörtern:

1. Herrn Jenniges in die Kammer zu bringen,
2. Herrn Jenniges in den Senat zu bringen,
3. Herrn Jenniges als zugewählten Senator in den Senat zu bringen.

Nachdem sie die Erklärungen des Herrn Ministers angehört hatten, nahmen sie Kenntnis zu Punkt 1. Daß es nicht möglich ist, Herrn Jenniges in die Kammer zu bringen durch den Rücktritt der kath. Abgeordneten von Verviers, weil die belgische Gesetzgebung berart ist, daß keine Verpflichtung der anderen Parteien, den Ausfall des Herrn Jenniges bei einer Teilwahl verhindern könnte.

Der Herr Minister hat uns bestätigt, daß Herr David von Anfang an darauf gedrängt hat, seine Entlassung geben zu können, um Herrn Jenniges seinen Platz zu überlassen. Der Herr Minister selbst hat nach einer gründlichen Prüfung erkennen müssen daß auf diesem Wege eine Lösung nicht möglich ist. Die Herren Winandy und David haben sich beide bereit erklärt, ihre Entlassung zu geben, wenn auf diese Weise eine neue allgemeine Wahl im Bezirk Verviers) möglich würde. Der Herr Minister ist der Ansicht, daß es durchaus unnütz sei, auf dieser Grundlage Unterhandlungen mit den anderen Parteien zu beginnen. Diese Verhandlungen würden unbedingt zu einem für die kath. Partei erniedrigenden Ergebnis führen.

Zu Punkt 2. Die gleichen Gründe müssen den Gedanken, Herrn Jenniges als direkt gewählten Senator durchzubringen, ausscheiden lassen.

Zu Punkt 3. — Dagegen erkennen der Herr Minister und die Delegierten die Möglichkeit an, Herrn Jenniges als zugewählten Senator in den Senat zu bringen, und zwar bei der ersten Gelegenheit mit Zustimmung der Rechten des Senats.

Der Herr Minister verpflichtet sich, der kath. Rechten des Senats diese Lösung zu empfehlen und seinen ganzen Einfluß auszuüben, damit sie gelingt.

Brüssel, 9. Oktober 1925

geg. Kriescher, Siquet, Dehottay, Servais, Thielen.
geg. A. Van de Vyvere,

Die Leitung der kath. Partei erklärt bei dieser Gelegenheit noch einmal feierlich, daß sie die Nichtbestätigung des Herrn Jenniges als den schwersten Schlag empfunden hat, den die Katholiken des Bezirks Verviers jemals erlitten haben.

Sie ist fest entschlossen, alles auszuüben, um Herrn Jenniges bei der nächsten Gelegenheit in den Senat zu bringen, sei es als zugewählter, sei es als Provinzialsenator.

Sie wird dafür sorgen, daß bei den nächsten Kammerwahlen der Anspruch der Katholiken in Eupen, Malmedy und St. Vith auf eine Vertretung in der Kammer unbedingt sicher gestellt wird.

Der Vorstand der Kath. Partei des Bezirks Verviers
(Assoc. Catholique)

geg. André Simonis Sebastian Winandy Pierre David

In einem Rundschreiben an die neubelgischen Wähler setzt der Vorstand der Katholischen Union des Bezirks Verviers sich dafür ein, dass bei den nächsten Kammerwahlen eine Vertretung in der Kammer unbedingt sichergestellt wird (Oktober 1925).

(Sammlung H. Jenniges, ZVS-Archiv, Sign. XIII,J,06)

von Unregelmäßigkeiten geäußert und eine nachträgliche Überprüfung der Wahlzettel beantragt. Eine neue Zählung der gültigen Stimmen innerhalb der Provinz Lüttich wurde vorgenommen; eine Operation, die eine volle Woche in Anspruch nahm. Es stellte sich heraus, dass einige Wähler in Eupen-Malmedy-St.Vith, die wohl mit dem belgischen Wahlverfahren nicht so recht vertraut waren, sowohl die Liste als auch einen ihrer Kandidaten gewählt hatten - was nicht zulässig war. Einige hatten einfach den Namen (Jenniges) angekreuzt, statt das dafür vorgesehene Feld zu benutzen. Andere hatten noch einen persönlichen Kommentar hinzugefügt. Dadurch verlor Jenniges einige hundert Stimmen, und seine Wahl wurde widerrufen. Bei der Endabrechnung fehlten ihm nur 54 Stimmen, um das Abgeordnetenmandat in Brüssel antreten zu können. Aufgrund der im belgischen Wahlgesetz vorgesehenen Übertragung der überschüssigen Stimmen innerhalb der Wahlbezirke derselben Provinz auf die gleiche Parteiliste („apparentement“) erhielt ein Parteikollege aus Lüttich den

Kammersitz. Der Sozialist Somerhausen blieb der einzige Gewählte der deutschsprachigen Region.

Die Nachricht der Nicht-Bestätigung von Jenniges löste helle Empörung aus. Die Wählerschaft in Eupen-Malmedy-St.Vith verstand nicht die Feinmechanik des belgischen Systems. Jenniges wurde das Opfer eines unverständlichen Wahlmodus, der nicht die tatsächliche Volksmeinung widerspiegelte. In diesem Sinne hatte das „belgische System“ in der Vorstellung der Bevölkerung Schiffbruch erlitten. Der Bürger in Stadt und Land glaubte an politische Machenschaften, selbst an eine „Verschwörung“ innerhalb der Katholischen Partei und an Verrat.

6. Auf der Suche nach Kompensationen

Die Katholische Partei suchte - auch im Hinblick auf die für den 8. November 1925 programmierten Provinzwahlen - den entstandenen Schaden zu begrenzen, denn „die Nichtbestätigung des Herrn Jenniges [habe sie] als den schwersten Schlag empfunden, [...]

den die Katholiken des Bezirks Verviers jemals erlitten haben [...]. Sie wird dafür sorgen, dass bei den nächsten Kammerwahlen der Anspruch der Katholiken in Eupen, Malmedy und St.Vith auf eine Vertretung in der Kammer unbedingt sicher gestellt wird“.⁴¹

Diese Aussage und das weitere Vorgehen können mit der Gangart späterer Politikergenerationen in gleichgelagerten Fragen verglichen werden - mehrfach hat sich im ost-belgischen Land in den vergangenen Jahrzehnten der Kreis der Geschichte geschlossen, eben weil die gleichen Probleme immer wieder mit den gleichen untauglichen Lösungsrezepten behandelt wurden.

Die verschiedenen Demarchen der katholischen Parteispitze, dem unglücklichen Kammerkandidaten Jenniges dennoch zu einem parlamentarischen Mandat zu verhelfen, scheiterten erwartungsgemäß an der belgischen Wahlgesetzgebung. So ist das Rücktrittsangebot einer der beiden gewählten Abgeordneten, Winandy und David, als eine rein symbolische Geste anzusehen, weil diese Form der Sitzabtretung gesetzlich nicht zulässig ist. Ein Ersuchen der Eupen-Malmedyer Parteiführung (Kriescher, Siquet, Dehottay, Servais und Thielen) bei Innenminister Van de Vyvere endete erfolglos. Höchstens wurde für später die eventuelle

⁴¹ Rundschreiben der katholischen Parteiführung - siehe Abbildung.



Joseph Dehottay im Jahre 1935.

(Foto: ZVS-Archiv)

Senatskooption eines Deutschsprachigen in Aussicht gestellt.⁴²

Auch der Vorsitzende der Katholischen Partei, der Vervierser Großindustrielle und Senator André Simonis (1842-1931), wurde in dieser Frage bemüht.

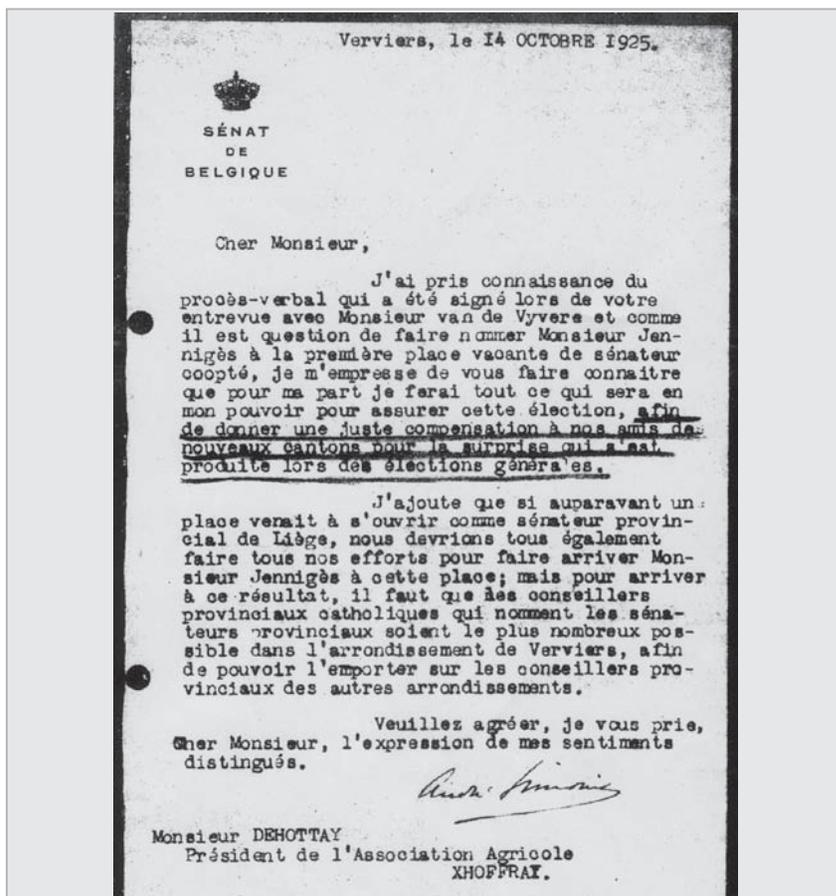
Er konnte keine verbindliche Zusage machen; er versprach lediglich Schützenhilfe bei einer eventuellen Zuwahl für den Senat (Kooption oder Provinzsenator⁴³): „... afin de donner une juste compensation à nos amis des nouveaux cantons pour la surprise qui s'est produite lors des élections générales“.⁴⁴ Dieses Angebot stieß bei Jenniges und seinen Parteifreunden auf Ablehnung: Er sei nicht für den Senat, sondern für die Kammer gewählt worden.

Die „Kompensation“ für Jenniges' politischen Fehlstart endete im Jahre 1927 mit der Senatswahl des Eynattener Bürgermeister Christian Esser (1886-1952) via Verteilerschlüssel der parteipolitischen Zusammenstellung im Lütticher Provinzrat, nachdem der katholische Provinzsenator und frühere Minister Theunis zurückgetreten war.

Die Katholische Partei trat zu dem Zeitpunkt erneut an Jenniges heran und ersuchte ihn dringend, den vakanten Senatsitz anzunehmen. Er lehnte diesen aber erneut entschieden ab, da die Partei ihm nicht die Freiheit gab, als Senator im Hohen Haus für das Selbstbestimmungsrecht der Eupen-Malmedyer einzutreten und eine neue Volksabstimmung zu fordern.



Senator Christian Esser. (Foto: ZVS-Archiv)



Schreiben des Vervierser Senators André Simonis an Joseph Dehotty, in dem er den Neubelgiern die Unterstützung der Katholischen Union bei den Bemühungen zusichert, eine gerechte Kompensation für die Nicht-Bestätigung von Jenniges als Abgeordneten zu erreichen. (Sammlung H. Jenniges, ZVS-Archiv, Sign. XIII,J,06)

Esser hingegen akzeptierte diese Kooptionsbedingung.⁴⁵ Er war der erste deutschsprachige Parlamentarier, der den Eid auf die Verfassung in deutscher Sprache leistete.⁴⁶ Seine Tätigkeit als Senator in Brüssel (1927-1929) verlief übrigens geräuschlos, da er „unter sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten litt“.⁴⁷ Er zog sich bereits 1929 auf Druck der „Christlichen Volkspartei“ gänzlich aus der Politik zurück.

Die Wahlen von 1925 bewirkten einen „Vertrauensmissbrauch der Katholischen Partei, [...] man fühlte sich in Neubelgien ‚stiefbrüderlich‘ behandelt. Dieses Verhältnis sollte für die weitere politische Entwicklung und die Ausformung der politischen wie kulturellen kollektiven Identität eine bedeutende Rolle spielen“.⁴⁸ Deutlicher konnte der Vertrauensbruch nicht zum Ausdruck kommen als bei den Parlamentswahlen 1929 die Katholische Partei mit nur 19,4 % der gültigen Stimmen einen dramatischen Einbruch erlitt; die Sozialisten konnten mit 23,3 % ihre Position

erfolgreich verteidigen, während die von Joseph Dehottay geführte revisionistische Christliche Volkspartei mit 52,1 % die absolute Mehrheit erlang.

Fortsetzung folgt

⁴² Ibidem.

⁴³ Auch die Provinzräte konnten gemäß ihrer parteipolitischen Stärke eine Anzahl Senatoren benennen. Nach den Provinzratswahlen im Herbst 1925 bot sich eine Möglichkeit zu diesem Verfahren.

⁴⁴ Übers.d.R.: „... damit unsere Freunde aus den neuen Kantonen für den unerwarteten Ausgang der allgemeinen Wahlen eine Kompensation erhalten“. • Kopieabdruck des Schreibens vom 14. Oktober 1925 in: DEHOTTA, op.cit., S. 48. Siehe auch Abbildung des Schreibens in diesen Spalten.

⁴⁵ CHRISTMANN, op.cit., S. 250.

⁴⁶ WERTHEIMER, op.cit., S. 290. Eine Eidesleistung in deutscher Sprache war bei der Vereidigung der Kammerabgeordneten 1925 noch nicht möglich gewesen. Erst ein Königlicher Erlass vom 17. Juli 1926 schuf dazu die rechtliche Basis.

⁴⁷ PABST, op.cit., S. 356.

⁴⁸ RÖTHER, op.cit., S. 253.